



© Jürgen Stemper // Bloemche (BY-ND 2.0)

Schützend liegen die marmornen Löwen vor dem portugiesischen Parlament in Lissabon – wie erfolgreich bekämpft die linke Koalition von 2015 die Ungleichheit?

PORTUGAL: EIN ROBIN-HOOD-STAAT?

Unverhoffte Allianz auf neuen Wegen nach der Krise

Die portugiesische Gesellschaft befindet sich in einer problematischen Übergangsphase mit einem semi-peripheren Status im Weltsystem. Die Wiedereinführung der Demokratie und die Integration in die Europäische Union (EU) brachten Portugal auf den Weg der Entwicklung, doch die jüngste Krise führte zu neuen Ungleichheiten. Heute steht das Land am Scheideweg. In diesem Artikel geht es darum, wie die Wende weg von den Sparmaßnahmen und hin zu mehr Gleichheit zustande kam.

AM 25. APRIL 1974 wurde mit der Revolution die Demokratie wiedereingeführt. Dies verhiess einen neuen Wohlfahrtsstaat, der fähig sein sollte, den sozialen Aufstieg zu fördern, neue berufliche Segmente zu stärken und eine neue Angestellten-Mittelschicht anzuregen. Das Wirtschaftswachstum und EU-Subventionen machten neue Infrastrukturen und Sozialkonzepte möglich. So wurden wesentliche Schritte im Modernisierungsprozess des Landes verstärkt, insbesondere durch öffentliche Aufklärung. In den 3 folgenden Jahrzehnten entwickelte sich Portugal von einer armen, unterentwickelten Gesellschaft zu einem vielversprechenden Akteur unter den entwickelten Demokratien.

Anhaltende Einkommensunterschiede
Beginnend mit der Jahrhundertwende nahmen Einkommensunterschiede in

Portugal leicht ab. Seit 2009 hat sich aufgrund einer politischen Wende, mit der die Einführung einer neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik einherging, jedoch einiges verändert. So stieg die Armutsquote von 17,9 Prozent im Jahr 2009 auf 19,5 Prozent im Jahr 2014 an.¹ Im Gegensatz dazu lag die Armutsgrenze vor der Auszahlung von Sozialleistungen und Renten im selben Jahr bei 47,8 Prozent. Das verdeutlicht, wie wichtig Sozialleistungen sind und welche entscheidenden Auswirkungen sie auf die Armutsquote haben. Dennoch wurden auch bei den Sozialleistungen höhere Einkommen begünstigt. Aus den Daten von 2014 geht hervor, dass die 20 Prozent mit dem höchsten Einkommen 42 Prozent aller Sozialleistungen bezogen, während die ärmsten 20 Prozent nur 9 Prozent erhielten.

Einige Studien zeigten, dass auch die Folgen der Krise ungleich verteilt

waren. So litten zum Beispiel unter Sparmaßnahmen wie Lohn-, Renten- und Leistungskürzungen vor allem die Menschen mit den niedrigsten Einkommen am meisten. Zwischen 2009 und 2014 erlebten die ärmsten 10 Prozent der Gesellschaft Lohnkürzungen von 25 Prozent, gefolgt von einem zweiten Zehntel, dessen Lohn um 16 Prozent gekürzt wurde, und erst auf dem dritten Platz standen die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen.²

Widerstand gegen die alten Mächte

Zuletzt wurden soziale Bewegungen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise und des Eingreifens der Troika zum Dreh- und Angelpunkt für Veränderungen. Das Rettungsprogramm der Troika, das zwischen 2011 und 2014 in Kraft war, legte einen neuen Kontext offen, in dem widersprüchliche Praktiken nur allzu sichtbar wurden. Die Brutalität der Sparmaßnahmen, die von einer Mitte-Rechts-Regierung beschlossen wurden, entfesselte eine Reihe kraftvoller sozialer Bewegungen, angesichts derer die Parteien nicht gleichgültig bleiben konnten. Verarmung, hohe Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtskürzungen

verstärkten den Zorn der Öffentlichkeit. Die Proteste gegen die Sparmaßnahmen führten zu einer Reihe von Mobilmachungen, die breite Bevölkerungsschichten umfassten. So entstand eine neue politische Stimmung, die einen politischen Wandel zugunsten der Linken begünstigte.

Politische Wende

Die Parlamentswahl 2015 markierte eine bedeutende politische Wende. Die rechtskonservative Koalition (PSD/CDS) beanspruchte den Sieg bei der Parlamentswahl für sich (36,86 Prozent der Stimmen), erlangte aber nur eine relative Mehrheit, während die Sozialisten (PS) nicht weit zurücklagen (32,31 Prozent). Die Wahlergebnisse ermöglichten eine Einigung der PS mit den KommunistInnen (PC) und dem Linksblock (BE). So konnte, obwohl die Parteien zuvor politische Kontrahenten waren, eine neue linke Mehrheit im Parlament geschaffen werden. Die Zeit danach begünstigte einen leichten Wirtschaftsaufschwung und eine Linderung der Sparmaßnahmen und ebnete den Weg für neue, positive Perspektiven der Bevölkerung. Subjektiv gesehen hatte der Großteil der Portugiesen das Gefühl, dass ein Wendepunkt erreicht war: Die Gesellschaft war von den negativen Maßnahmen erschöpft und hatte die ehemalige Regierung abgestraft, unter anderem auch, da sie die Sparmaßnahmen als einzige Lösung gepriesen hatte. Objektiv gesehen waren Einkommensminderung, Flexibilität im Job, Lockerung des Kündigungsschutzes, Arbeitslosigkeit und auch das steigende Armutsrisiko Realitäten, die große Teile der Bevölkerung betrafen. Vor diesem Hintergrund und getragen vom Unmut der Bevölkerung über die vorherigen Zustände traf die neue sozialistische Regierung einige wichtige Entscheidungen und zeigte somit, dass es möglich war, die Dinge anders zu handhaben. Beispielsweise wurden durch Beschlüsse der sozialistischen Regierung genannte Lohnzahlungen weiterhin gesichert, strategische Unternehmensprivatisierungen rückgängig gemacht, der Mindestlohn angehoben und die 35-Stunden-Woche wiedereingeführt.

Allerdings waren auch diese politischen Lösungen von einigen Schwierigkeiten geprägt. Zwar wurden auf der einen Seite Sozialleistungen wiedereingeführt, nämlich Renten sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld, wobei

sogar die Wirtschaft positiv reagierte (Schuldenabbau, Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) etc.). Andererseits jedoch schrieben EU-Verpflichtungen weiterhin eine Haushaltsdisziplin vor, die andere wichtige Maßnahmen verhinderte, welche die EU als unnötige Ausgaben ansah. In den Jahren nach dem Rettungsprogramm (die Troika verließ das Programm 2015) zeigte sich eine Tendenz zur Erholung von Sparmaßnahmen, Haushaltsdisziplin, steigenden Exporten sowie positive Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs. Ab jenem Zeitpunkt sank die Arbeitslosigkeit, wie die oben genannte Stabilisierung und Verringerung der Armutsquoten illustrieren. Allerdings nahm die Ungleichheit im gleichen Zeitraum nicht ab. Ungeachtet der Konjunkturerholung ab 2013 hatten die ärmsten 10 Prozent 3 Jahre später immer noch Durchschnittseinkommen, die 10 Mal niedriger waren als die der reicheren 10 Prozent (237 Euro gegenüber 2360 Euro). Zudem lag das Durchschnittseinkommen im Jahr 2016 trotz des erwähnten Konjunkturaufschwungs unter dem Niveau der Jahre vor Ausbruch der Krise, nämlich 5,6 Prozent weniger als im Jahr 2009.

Auf dem Weg zu einem progressiven Steuerwesen?

Jüngste Maßnahmen der sozialistischen Regierung scheinen sich auf ein progressives Steuerwesen auszurichten, eindeutig ist dies aber noch nicht. Das BIP der Wirtschaft hängt auch von ausländischen Direktinvestitionen und Finanzkapital ab, und das Bankensystem ist gut geschützt. Allerdings wurden die Stufen für die Einkommensteuer im Januar 2018 von 5 auf 7 Abzugsstufen ausgeweitet. Dies bedeutet mehr mögliche Vorteile für die mittleren und unteren Einkommensschichten. Zudem werden Vorschläge für die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften diskutiert, bisher aber im Staatshaushalt noch verschoben. Nur im Steuerwesen gab es einige Entscheidungen. So soll Steuerhinterziehung bekämpft und die 758 reichsten Personen, die über 700.000 Euro im Jahr verdienen, stärker kontrolliert werden. Hier steht ein politisch heikles Thema auf dem Spiel. Die Regierung ist an ihre linken Partner gebunden, die stets für progressivere und emanzipatorischere Maßnahmen zugunsten der ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten

gekämpft haben. Außerdem vertreten die SozialistInnen und ihr Generalsekretär (A. Costa, Premierminister) die Haltung, keine Zugeständnisse an die Mitte-Rechts-Fraktion zu machen, doch eine neue konservative Führung liebäugelt mit Costas Optionen. Eine von der aktuellen Regierung unterstützte Sozialpolitik möchte neue Vereinbarungen zum ‚Sozialdialog‘ auf den Weg bringen (ein dreiteiliger nationaler Rat) und diskutiert innovative Wege, den vorherigen Zyklus rückgängig zu machen. Doch dies geht nicht friedlich vonstatten. Denn während Gewerkschaften derzeit in verschiedenen Branchen (wie Bildung, Gesundheitswesen, Beamtentum usw.) mobilmachen und streiken, verhandelt die Regierung mit der EU das nächste Paket von Kohäsionsfonds, welcher die EU-Mitgliedstaaten fördert, deren nationales Pro-Kopf-Einkommen unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Die Regierung hofft, mit dem Argument, dass Portugal einen erfolgreichen Weg aus der massiven Verschuldung gefunden hat, die von der EU auferlegten Streichungen zu verringern. Dieser komplexe Vorgang von Konflikt und Dialog könnte in den kommenden Monaten noch heftiger werden, wenn die politischen PartnerInnen den Staatshaushalt für 2019 diskutieren. Somit scheint es, als sei Portugal trotz jüngster Tendenzen, untere Schichten zu begünstigen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, noch weit davon entfernt, ein Robin-Hood-Staat zu werden.



Elísio Estanque

Der Autor ist leitender Forscher am Zentrum für Soziale Studien (Centro de Estudos Sociais, CES) und Professor für Soziologie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Coimbra (Portugal).

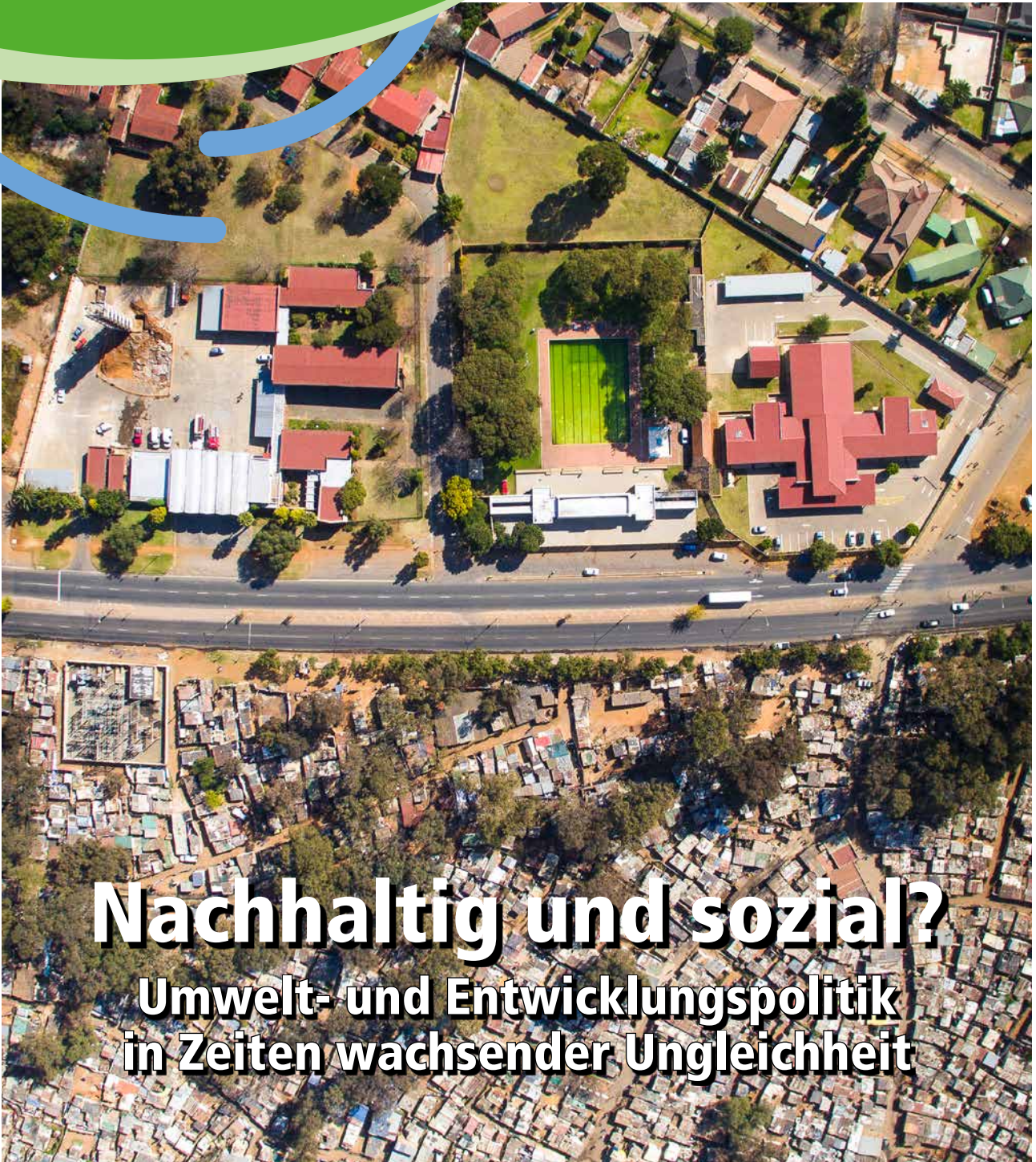
*Aus dem Englischen von
Christiane Krüger.*

- 1 Nationales Statistikinstitut.
- 2 Carlos Farinha Rodrigues/Rita Figueiras/Vítor Junqueira (2016): Desigualdade de Rendimento e Pobreza em Portugal. Fundação Francisco Manuel dos Santos, Lisboa.

2/2018

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Nachhaltig und sozial? Umwelt- und Entwicklungspolitik in Zeiten wachsender Ungleichheit

Seite 2

Die Umweltbewegung und die soziale Frage

Seite 10

**Globale Ungleichheit:
Der Exportschlag der
neoliberalen Handelspolitik**

Seite 14

**Die Landfrage als eine „Ur-
Frage“ von Ungleichheit**

Seite 16

**Rohstoffausbeutung in
Lateinamerika als Ausdruck
globaler Dominanz**